Lebensmöglichkeiten

Weit entfernt von einer befriedigenden Zuwanderungspolitik: Die „Jahrestagung Illegalität" beschäftigte sich in diesem Jahr mit europäischer Migration

Foto: Jutta H.

Wer keine gültigen Aufenthaltspapiere hat, versucht ein möglichst unauffälliges Leben zu führen

Hintergrund:

In der Umgangssprache werden mit dem Begriff **„Illegale"** Menschen bezeichnet, die ohne gültigen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Korrekterweise sollte man von „Illegalisierten", „irregulären Migranten" oder „Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere" sprechen. Denn die Menschen selber sind ja nicht illegal, sondern ihr Aufenthalt in Deutschland stellt einen Gesetzesbruch dar.

Naturgemäß lässt sich die **Anzahl** der „Menschen im Schatten" nur schwer erfassen. Wissenschaftler schätzen ihre Zahl für Deutschland auf zwischen 100.000 und 400.000, für Berlin auf circa 50.000.

Ursachen für ein Leben in der Illegalität kann zum Beispiel ein abgelehnter Asylantrag, eine abgelaufene Duldung, ein abgelaufenes Visum, eine nicht erneuerte Arbeitsgenehmigung oder der Verlust des Aufenthaltsrechts nach einer Scheidung sein.

Im **Alltag** gehen die meisten irregulären Migranten einer Arbeit nach, schicken ihre Kinder zur Schule, sind Teil der Gesellschaft. Gesundheitliche Versorgung, Schulbesuche von Kindern und Schutz vor Arbeitsausbeutung sind die Bereiche, in denen in den letzten Jahren deutliche Verbesserungen für sie erzielt wurden.

Wer bräuchte dringender Fürsprecher als die, die sich nicht selber vertreten können, weil sie im Verborgenen bleiben müssen? Diese Fürsprecherrolle übernimmt seit Jahren – auch - die Tagung Illegalität, die im März bereits zum 9. Mal stattfand. In die Katholische Akademie in Berlin kamen in hoher Anzahl Vertreter von Hilfsorganisationen, Gewerkschaften, aus Wissenschaft, Kirche und Politik. Auch ein ehemaliger Bundesminister saß als einfacher Teilnehmer in den Stuhlreihen. Neben der Katholischen Akademie sind Veranstalter in jedem Jahr der Rat für Migration und das Katholische Forum ‚Leben in der Illegalität'.

War in den letzten Jahren vorangig um das Drehen an kleinen Stellschrauben gerungen worden, drängte sich in diesem Jahr die grundsätzliche Frage nach Sinn und Unsinn des gegenwärtigen Status quo auf. Worte wie Sackgasse, Paradoxie, Widersprüchlichkeit, Schizophrenie fielen. Da wirbt Deutschland unter Hochdruck qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte im Ausland an, um bestehende Lücken im Arbeitsmarkt zu füllen und verwehrt gleichzeitig Asylbewerbern die Möglichkeit zu arbeiten. Da sind zigtausende irreguläre Migranten im informellen Arbeitssektor tätig, und kein zuständiger Politiker ist bereit, sie aus der Illegalität zu holen.

Für Schulen und Krankenhäuser besteht keine Übermittlungspflicht mehr

Immerhin - das Ringen um gesetzliche Neuregelungen habe in den vergangenen Jahren spürbare Verbesserungen für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gebracht, sagte Bischof Norbert Trelle in seinem Auftaktvortrag. Schulen sind seit Ende 2011 nicht mehr dazu verpflichtet, Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus der Ausländerbehörde zu melden. Auch Krankenhäuser sind inzwischen von der Meldepflicht befreit; nach Notfallbehandlungen müssen personenbezogene Daten nicht mehr an das Sozialamt übermittelt werden. Allerdings, so Trelle, hapere es bislang deutlich an der Umsetzung in den Ländern.

Norbert Trelle ist Vorsitzender des Katholischen Forums ‚Leben in der Illegalität'. Der Bischof stellte klar, dass das Forum nicht fordere, Zuwanderung nach Deutschland unbegrenzt zu ermöglichen. Ein Staat habe den legitimen Anspruch, Immigration in sein Land zu steuern. Die Herausforderung sei aber, „eine Balance zu finden zwischen Restriktion und den Rechten, die jedem, unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus, zustehen." Das Völkerrecht kenne kein Recht auf Einwanderung, wohl aber die katholische Soziallehre. Diese spräche von der „Zugehörigkeit eines Menschen zur Menschheitsfamilie, unabhängig von der

Nation". Staatenlenker haben demnach die Pflicht, Ankommende aufzunehmen und ihnen Lebensmöglichkeiten zu gewähren.

Europa gibt sich ein neues Asylsystem
Die Europäische Union hat sich 1998 das erste Mal auf ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem" verständigt. Dass in der Realität viele gesetzte Standards unterlaufen werden, weiß jeder, der in den Medien vom Umgang mit Flüchtlingen in griechischen Haftgefängnissen gehört hat. Ein verbessertes System soll jetzt her, das mehr „Harmonisierung" bei Asyl und Zuwanderung zwischen den Mitgliedsstaaten schafft. Mit der Verabschiedung des neuen Asylpakets wird im April gerechnet. Petra Bendel, Politikwissenschaftlerin an der Universität Erlangen, unternahm in ihrem Vortrag eine Vorab-Bewertung des neuen Regelwerkes. Grundsätzlich sehe sie Verbesserungen, so Bendel, kritikwürdig sei aber der „Trilog" zwischen Europäischem Parlament, Kommission und Rat, der zum Teil hinter verschlossenen Türen geführt werde. Das führe dazu, dass viele Nichtregierungsorganisationen in großer Distanz zur europäischen Politik verharrten und ihre Einflusschancen ungenügend wahrnähmen.

Wie wenig wert zwischen den Mitgliedstaaten geltende gesetzliche Regelungen sein können, offenbarte sich im März 2011 an einer entsetzlichen Tragödie im Mittelmeer. Auf einem Flüchtlingsboot, das Lampedusa ansteuerte, überlebten während einer 15tägigen Irrfahrt neun von 72 Flüchtlingen. Bei ihren Nachforschungen, die die Niederländerin Tineke Strik im Rahmen der Tagung präsentierte, hatte sich herausgestellt, dass mehrere Schiffe und ein Hubschrauber damals in unmittelbare Nähe des Flüchtlingsbootes gekommen waren, und die Notsituation unverkennbar gewesen war. Die Küstenbehörden hatten zudem die genaue Positon des Bootes gekannt. Niemand war bereit zu helfen.

■ *Jutta H.*

Hilfe verweigert

2011 starben auf einem Flüchtlingsboot im Mittelmeer 63 Menschen. Dabei hatte es mehrere Gelegenheiten gegeben, die Menschen aus ihrer Notlage zu retten

Flüchtlingsboot, das wahrscheinlich das beschriebene Boot ist. Aufnahme eines französischen Militärflugzeugs vom 27.3.2011

Es ist die Zeit des sogenannten Arabischen Frühlings. In Libyen gehen regimetreue Truppen gegen die Zivilbevölkerung vor. Sich im Land aufhaltende subsaharische Flüchtlinge geraten zwischen die Fronten. Hunderttausende fliehen aus Libyen - über Land oder über Wasser. Am 19. März 2011 startet die NATO Luftschläge gegen Libyen.

Drei der Überlebenden wird bei einer späteren Befragung das Bild des Bootes gezeigt

Quellen: Radio National

1. Tag: Vermutlich am 26. März besteigt eine Gruppe subsaharischer Flüchtlinge (50 Männer, 20 Frauen, 2 Babys) in Tripolis ein kleines Boot. Ihr Proviant wird ihnen von den „Organisatoren" der Fahrt weggenommen, damit weitere Personen im Boot Platz haben. Völlig überfüllt startet das Boot in Richtung Lampedusa.

2. Tag: Ein Unwetter zieht auf. Panik bricht aus auf dem Boot. Ein von den anderen „Captain" genannter Ghanaer informiert über ein Satellitentelefon einen eritreischen Priester in Rom über die Notlage des Bootes. Dieser alarmiert die italienische Küstenwache, die die Position des Bootes bestimmt und eine Vielzahl von Notrufen absetzt.

3. Tag: Ein Militärhubschrauber erscheint und lässt Wasserflaschen und Kekspackungen in das Boot hinab. Die Männer im Hubschrauber geben zu verstehen, dass sie zurückkommen werden. Der „Captain" wirft das Satellitentelefon und einen Kompass über Bord, um später nicht als Mitglied eines Schmugglernetzwerkes überführt zu werden.

Folgende Tage: Der Hubschrauber kommt nicht zurück. Bei hohem Wellengang gehen mehrere Personen über Bord. Sie zu retten schlägt fehl. Später tauchen zwei Fischerboote auf. Auf einem italienischen werden die Netze eingeholt, und es fährt davon, als sich das Flüchtlingsboot nähert. Von einem tunesischen Fischer werden Hinweise bezüglich der Schiffsroute gegeben, weitere Hilfe leistet er nicht.

Etwa 5./6. Tag: Die ersten Menschen auf dem Boot sterben. Um den 10. Tag ist nur noch die Hälfte der Menschen im Boot am Leben.

Etwa 10. Tag: Ein sehr großes Militärschiff mit Hubschraubern an Bord kommt so nahe an das Boot heran, dass die Flüchtlinge Männer in Uniform erkennen, die durch Ferngläser auf sie hinabsehen und Fotos von ihnen machen. Die Flüchtlinge rufen, winken, halten ein verstorbenes Baby hoch. Doch das Militärschiff entfernt sich wieder. Das Flüchtlingsboot driftet ohne Kraftstoff auf dem Meer.

15. Tag: Das Boot wird in Libyen an Land gespült. Elf Personen leben noch. Eine Frau stirbt unmittelbar nach der Landung. Ein Mann stirbt einige Zeit später im Gefängnis, in dem die Überlebenden inhaftiert werden. Ärztliche Fürsorge wird ihnen nicht gewährt.

Diese chronologische Rekonstruktion der tödlichen Flüchtlingsfahrt ist dem Untersuchungsbericht „Lives lost in the Mediterranean Sea: Who is responsible?" der Niederländerin Tineke Strik entnommen, der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Auftrag gegeben wurde und dessen Mitglied die Niederländerin ist.

Trotz etlicher Befragungen und Nachforschungen durch Strik ist bis heute die Identität von Hubschrauber und Militärschiff, die sich eine Zeit lang in unmittelbarer Nähe des Bootes befunden hatten, unklar.

Beim Versuch Europa zu erreichen, starben im Mittelmeer 2011 etwa 1.500 Menschen.